

Zürich, 20. Januar 2003

KR-Nr. 26/2003

POSTULAT von der Kommission für Staat und Gemeinden

betreffend Koordination Behördenschulung

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Koordination der Behördenschulung als Aufgabe wahrzunehmen. Insbesondere soll:

1. eine aktuelle Agenda auf Internet geführt werden, die alle Aus- und Weiterbildungsangebote für Gemeindebehörden enthält,
2. eine verantwortliche Koordinationsstelle für die Behördenschulung bezeichnet werden und
3. eine Koordinationsgruppe mit Vertretern aller Direktionen der kantonalen Verwaltung und externen Anbietern wie Gemeindepräsidentenverband (GPV) und Verband der Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV) eingesetzt werden.

Im Namen der Kommission für
Staat und Gemeinden
Der Präsident: Die Sekretärin:

Thomas Isler Jacqueline Wegmann

26/2003

Begründung:

Eine wichtige Stütze der Milizbehörden in den Gemeinden ist die bedürfnisgerechte Aus- und Weiterbildung. Viele kantonale Ämter und Verwaltungsstellen, das Pestalozzianum, der GPV, der VZGV und weitere private Anbieter bieten ein vielfältiges Ausbildungsangebot an. Was heute mangelt und kritisiert wird, ist die terminliche und zum Teil die inhaltliche Koordination.

Neue Mitglieder von Gemeindebehörden wünschen eine gründliche Einführung in ihr neues Amt. Während der Amtszeit wollen sie ihren individuellen Bedürfnissen angepasste Weiterbildungsmöglichkeiten. Ärgerlich für die Anbieter wie für die Auszubildenden sind Terminkollisionen von Ausbildungsangeboten. Dieses Problem könnte durch das Führen einer gemeinsamen Agenda auf Internet einfach behoben werden. Nötig dazu ist eine verantwortliche Stelle für die Aktualisierung und die Mitarbeit aller interessierten verwaltungsinternen und -externen Anbieter. Die inhaltliche Koordination ist am einfachsten durch eine Koordinationsgruppe sicherzustellen.

Die Koordination der Ausbildungsangebote ist sowohl im Interesse der Anbieter als auch im Interesse der Auszubildenden in den Gemeinden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ist erforderlich, damit die Koordination, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstellt, im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode der Behörden, wenn die Nachfrage nach Ausbildungsangeboten am grössten ist, operativ wird. Dazu muss rasch eine verantwortliche Koordinationsstelle bezeichnet werden, und alle Direktionen werden aufgefordert, umgehend ihre aktuellen Daten aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.